

FAZ 12.05.2014

Deutschland im Rückwärtsgang

von Michael Heise

Die Erfolge der deutschen Wirtschaft, die zu einem guten Teil auf früheren Strukturreformen im Bereich des Arbeitsmarktes, der Rente und des öffentlichen Haushaltes beruhen, haben Beispiel gemacht und viele Partnerländer der Eurozone zu vergleichbaren Anstrengungen angespornt. Deutschland selbst ist allerdings dabei, den Reformkurs zu verlassen und Entscheidungen der Vergangenheit wieder rückabzuwickeln, zum Beispiel mit der Rente ab 63.

Problematisch ist das vor allem, weil Deutschland von der Alterung der Bevölkerung besonders stark betroffen ist. Die Relation von älteren Menschen zu erwerbstätigen Menschen wird 2030 nur von Japan übertroffen werden und höher liegen als in allen anderen Euroländern. Die Lebenserwartung nimmt auch anderswo rasant zu, aber in Deutschland mangelt es an Nachwuchs, um die zukünftigen Rentenzahlungen ohne erhebliche Zusatzlasten für die aktive Bevölkerung abzudecken. Kostenträger sind also die jüngeren Jahrgänge; mit „sozialer Gerechtigkeit“ hat das wenig zu tun.

Fragwürdig ist es auch, die Steuerzahler einer kalten Progression ihrer Steuerlast zu unterwerfen. Auch wenn Löhne nur inflationsbedingt steigen, nimmt der prozentuale Steuerabzug wegen des progressiven Steuertarifs zu. So haben sich die realen Arbeitseinkommen in Deutschland seit 2010 um 6,6 % erhöht, während die Lohnsteuern nominal um 19 % und real um etwa 13% gestiegen sind. Der Staat profitiert mit neuen Rekordständen bei den Steuereinnahmen. Der Steuerzahler dagegen hat kein Recht auf Ausgleich inflationsbedingter Mehrbelastungen, er wird auf nötige Ausgaben und unabweisbaren Finanzbedarf verwiesen. Er muss schon froh sein, dass er nicht weitere Sondersteuern ähnlich unserem Dauersoli nun auch für die Reparatur der Straßen oder für die Finanzierung von versicherungsfremden Rentenausgaben zu leisten hat.

Dabei beansprucht der deutsche Staat weit mehr an Abgaben und Einkommenssteuern als die meisten anderen Länder, wie die OECD jüngst wieder gezeigt hat. Bei alleinstehenden Normalverdienern lassen wir sogar die Skandinavier hinter uns. Bei Familien mit Kindern ist der Entzug geringer, aber im internationalen Vergleich immer noch hoch. Gerade bei unteren und mittleren Einkommen schlägt die kalte Progression am stärksten zu. Selbst Normalverdiener haben es schwer, für ihre private Altersvorsorge zu sparen und den absehbaren Rückgang ihrer gesetzlichen Rentenansprüche auszugleichen.

Eine Korrektur der inflationsbedingten Steuerbelastungen wäre daher an der Zeit und zwar ohne eine „Gegenfinanzierung“ durch andere Einnahmeerhöhungen. Der deutsche Staat leidet wahrlich nicht an zu geringen Einnahmen. Die Frage ist vielmehr, wie er mit den Einnahmen umgeht und ob die Ausgabeprioritäten richtig gesetzt sind. Beispielsweise stehen die langfristigen Kosten der Rentenreform von 160 Mrd in keinem Verhältnis zu den 5 Mrd zusätzlichen Ausgaben für die Verkehrsinfrastruktur in den nächsten 4 Jahren. Immer neue Einnahmequellen zu erschließen, ist sicher kein gangbarer Weg. Hier muss Deutschland mit besserem Beispiel vorangehen.